Nr. 121. Dienstag, den 28. Mai 1907. 21. Jahrgang.

Hamburger Echo.

Das „Hamburger Echo“ erscheint täglich, außer Montags.
Abonnementspreis (inkl. „Die Neue Welt“) durch die Post bezogen ohne Bringegeld monatlich M. 1,20, vierteljährlich M. 3,60; durch die Kolporteure wöchentlich 30 ₰ frei ins Haus.
Einzelne Nummer 5 ₰. Sonntags-Nummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 ₰.
Kreuzbandsendungen monatlich M. 2,70, für das Ausland monatlich M. 3,50.

Redaktion: Fehlandstraße 11, 1. Stock. Hamburg 36 Expedition: Fehlandstraße 11, Erdgeschoß.
Verantwortlicher Redakteur: Karl Petersson in Hamburg.

Anzeigen die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum 35 ₰, Arbeitsmarkt, Vermietungs- und Familienanzeigen 20 ₰. Anzeigen-Annahme Fehlandstr. 11, Erdgeschoß (bis 5 Uhr Nachmittags), in den Filialen (bis 4 Uhr Nachm.), sowie in allen Annoncen-Bureaux. Platz- u. Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit. Reklamen im redaktionellen Teil werden weder gratis noch gegen Entgelt aufgenommen.
Buchhandlung und Buchdruckerei-Kontor: Fehlandstr. 11, Erdgeschoß.

Filialen: St. Pauli bei Heinr. Koenen, Sophienstr. 44. **Eimsbüttel, Langenfelde** bei Carl Dreyer, Fruchtallee 42, Eimsbüttel. **Hoheluft, Eppendorf, Groß-Borstel** und **Winterhude** bei Ernst Großkopf, Lehmweg 51, Eppendorf. **Barmbeck, Uhlenhorst** bei Theodor Petereit, Bachstr. 12, Barmbeck. **St. Georg, Hohenfelde, Borgfelde, Hamm, Horn** und **Schiffbeck** bei Carl Ortel, Baustr. 26, Borgfelde. **Hammerbrook, Rotenburgsort, Billwärder** und **Veddel** bei Rud. Fuhrmann, Schwabenstr. 33, Hammerbrook. **Eilbeck, Wandsbeck, Hinschenfelde** und **Ost-Barmbeck** bei Franz Krüger, Kurze Reihe 34, Wandsbeck. **Altona** bei Friedr. Ludwig, Bürgerstr. 118. **Ottensen, Bahrenfeld** bei Joh. Heine, Bahrenfelderstr. 129, Ottensen.

Hierzu zwei Beilagen.

Ein russischer „Staatsmann“.

Der famose russische Ministerpräsident Stolypin ist ein vollendeter politischer Schauspieler. Er hat es in der Kunst, bald ein „liberales“ und bald ein reaktionäres Gesicht zu zeigen, zu einer erstaunlichen Virtuosität gebracht. Offenbar hält er sich für den gewaltigen Mann, der von der Vorsehung dazu bestimmt ist, die russische Revolution zu bändigen, und er hat unlängst in der Duma einige Umrisse der Pläne gegeben, die ihn beschäftigen. Er meinte, Rußland werde sich nicht auf den Weg der Zersetzung begeben, und er mutet der politischen Welt zu, eine solche Phrase ernst zu nehmen, nachdem sich im japanischen Krieg und in der russischen Revolution die ganze grauenhafte innere Zersetzung des Zarenreichs gezeigt hat. An sich sind seine Projekte nicht überall neu, denn er lehnt sich mit denselben an gewisse reaktionäre Kunstgriffe an, mit denen man 1848 und darauf im mittleren und westlichen Europa den Löwen der Revolution zu bändigen gewußt hat. Stolypin will die Bauern zur Ruhe bringen und mit den übrigen „unzufriedenen“ Elementen hofft er dann aufräumen zu können. Einstweilen spielt er den „konstitutionellen“ Staatsmann, um die Bewegung so lange hinzuhalten, bis sie erschöpft ist; alsdann wird er als Gewaltmensch auftreten und das revolutionäre Feuer völlig ersticken, oder er wird mit anscheinendem Bedauern einem anderen Gewaltmenschen diese Rolle überlassen.

Um die Bauern zu befriedigen, hat er andere Mittel in Bereitschaft, als man in den westlichen Ländern angewendet hat. Zunächst verwirft er alle Mittel, welche von den Parteien vorgeschlagen worden sind. Er sagt, das verfügbare Land reiche bei weitem nicht aus, um die Bauern zu befriedigen. Auch weist er eine Expropriation, namentlich eine gewaltsame, weit von sich. Eine solche würde nur zu einem Staatsstreich führen, denn „starke und geschickte Männer“ würden wieder mit Gewalt darauf antworten. Mit anderen Worten: Die großgrundbesitzende Aristokratie ist entschlossen, sich gegenüber einer wirklichen Agrarreform mit Gewalt in ihren Vorrechten zu behaupten, auch gegen eventuelle Beschlüsse der Volksvertretung. Als Mittel, alle Schwierigkeiten zu überwinden, will Stolypin eine umfangreiche Auswanderung organisieren. Die Bevölkerung im europäischen Rußland nimmt jährlich um 1 600 000 Menschen zu und gegenüber diesem Anschwellen der Masse hungernder Bauern weiß dieser echt russische „Staatsmann“ keinen anderen Ausweg, als das Abschieben in Masse. Wohin er die „überzähligen“ Bauern befördern will, hat er nicht gesagt, wenigstens geht es aus den uns zugänglichen Berichten nicht hervor; wir können also nicht beurteilen, ob er ihnen anheimstellen will, wohin sie gehen wollen, oder ob er unwirtliche Landstriche in Asien mit ihnen „besiedeln“ will. Zu letzterem würde immerhin etwas Geld gehören und das steht zur Zeit der Regierung des Herrn Stolypin nicht zur Verfügung. Den Bauern, die zurückbleiben, wird „Wohlhabenheit“ in Aussicht gestellt, denn, so behauptet dieser übertünchte Kosak, damit sei auch Bildung und „Freiheit“ verbunden. Wohlhabenheit, Bildung und Freiheit — unter dem Regime eines Stolypin! Den zurückbleibenden Bauern wird Land versprochen, sie sollen in den Besitz der „Freiheit ihrer Arbeit“ kommen. Es ist kaum anzunehmen, daß die Mehrheit der Bauern diesem unheimlichen Projekt Vertrauen entgegenbringen wird. Wer die hergebrachte Perfidie russischer Regierungen nur einigermaßen kennen gelernt hat, dem muß sich die Befürchtung aufdrängen, daß die Regierung eine solche „Auswanderung“ nur „organisieren“ wird, um die ihr gefährlichen und verhaßten Elemente unter den Bauern in Masse zu entfernen, damit sie mit den anderen um so leichter fertig werden kann.

Wir können uns gar nicht denken, daß solche Vorschläge die Bauernschaft „beruhigen“ können, nachdem die Bauern in der jüngsten Zeit sich so vielfach an den politischen Kämpfen beteiligt und, wie sie auch über eine Agrarreform denken mögen, immerhin Erfahrungen gesammelt haben.

Während der Ministerpräsident so den Bauern die Katzenpfote hinhält, bei der die Krallen bald genug zum Vorschein kommen werden, hat er der russischen Sozialdemokratie die eiserne Faust und die rohe Gewalt gezeigt. Er hat die sozialdemokratische Fraktion der Duma in ihrem Versammlungslokal überfallen und alles durchsuchen, auch einige Verhaftungen vornehmen lassen. Auf eine Beschwerde in der Duma antwortete der „konstitutionelle“ Staatsmann, so etwas müsse ihm gestattet sein. Die Unverletzlichkeit der Dumamitglieder ist eine selbstverständliche Sache, aber die Regierung muß das Recht haben, sie mit Füßen zu treten. An dem „Konstitutionalismus“ dieses Stolypin wird Rußland noch etwas erleben.

Bei dem Ueberfall der sozialdemokratischen Fraktion will man nun eine Menge kompromittierender Papiere gefunden haben. 36 Abgeordnete, teils der sozialdemokratischen, teils der sozialrevolutionären Partei angehörend, sollen mit der revolutionären Agitation in der Armee in Verbindung stehen und daraufhin will, so heißt es, die Regierung den Ausschluß dieser 36 Abgeordneten aus der Duma beantragen. Es ist kaum anzunehmen, daß wirklich Schriftstücke gefunden worden sind, die den Beweis für eine solche Verbindung enthalten. Man weiß ja, wie solche „Beweise“ gemacht werden. Wenn in Deutschland schon der Prozeß Waldeck und der Kölnische Kommunistenprozeß möglich waren, wenn in Italien seinerzeit der große Crispi sich künstliche „Beweise“ für die Pläne der Revolutionäre verschaffen konnte — was mag da in Rußland nicht alles möglich sein!

Was man mit diesen „kompromittierenden Schriftstücken“ bezweckt, liegt auf der Hand. Herr Stolypin arbeitet auf die Beseitigung der Duma hin; er hat dies deutlich genug verraten, als er alle aus der Duma hervorgegangenen Vorschläge zu einer Agrarreform verwarf und den „selbständigen“ Plan der Regierung mit dem Auswanderungsprojekt vortrug. Das deutet die Rückkehr zum Absolutismus an. Aber wenn er die Duma sprengen will, muß er doch auch einen Vorwand dazu haben, um den Dummen und Schwachen im Lande eine solche Maßregel als „notwendig“ erscheinen zu lassen. Zu diesem Zweck wurden bei dem Ueberfall der sozialdemokratischen Fraktion die „Beweise gefunden“. Ob man wirklich etwas von Bedeutung gefunden hat, wird sich ja bald zeigen. Vorläufig glauben wir nicht daran.

Also die Bauern sollen abgeschoben oder mit Versprechungen über den Löffel barbiert und dazu soll die Duma gesprengt werden. Das sind die Pläne dieses „konstitutionellen“ Staatsmannes, der in seinen Mitteln wahrlich nicht wählerisch ist.

Aber das ist auch nicht der erste Staatsmann, der in seinem Größenwahn glaubt, seine Persönlichkeit besäße die Macht, eine aus dem Volke selbst und aus den Verhältnissen mit Notwendigkeit hervorgegangene große revolutionäre Bewegung ersticken zu können. Sie wird über ihn hinwegschreiten und ihn der historischen Lächerlichkeit überliefern, die er verdient.

Blutige Wahlen in Galizien.

Die erste Nachricht von einem Wahlblutbade in Galizien ist zwar dementiert worden; aber ohne Blutvergießen sollten die Wahlen im gelobten Lande der Schlachzizen doch nicht zu Ende gehen. Wie aus einem Telegramm in der Sonntagsnummer zu ersehen, ist es in Horucko zu einem Gemetzel gekommen. Amtlich wird darüber aus Lemberg gemeldet: Als im Wahlorte Horucko, welcher zum Bezirk 57 (Stryj) gehört, der Vorsitzende der Wahlkommission, Erzpriester Skobielski, das Wahlresultat verkündete, begann sich unter der vor dem Wahllokal versammelten Menge eine große Erregung bemerkbar zu machen. Es wurde laut die Rückgabe der Stimmzettel verlangt, und zwar unter dem Vorwande, daß der altruthenische Kandidat Dawydiak ungefähr 1000 Stimmen mehr, als der Vorsitzende angegeben hatte, erhalten hätte. Der Wahlkommissar wies darauf hin, daß tausend Wähler an dem Wahlakt überhaupt nicht teilgenommen haben, daß daher die Zumutung, es seien für Dawydiak weniger Stimmen ausgewiesen worden, ganz unbegründet sei. Diese Vorstellungen fanden kein Gehör. Die erregte Menge wollte nicht zurückweichen, verlangte vielmehr eine neuerliche Abstimmung und erging sich in Drohungen gegen den Vorsitzenden Skobielski. Die Wahlkommission und die Gendarmen wurden mit Steinen beworfen, die Fenster des Wahllokals zertrümmert und alle Lichter ausgelöscht. Die Aufforderung der Gendarmen zum Auseinandergehen war vergeblich und wurde mit einem Steinbombardement beantwortet. Drei Gendarmen erlitten Verletzungen.

Der Gendarmeriepostenführer ließ nun infolge des gewaltigen Vordringens der Exzedenten und des wiederholten Steinewerfens von der Schußwaffe Gebrauch machen; die Menge wich aber noch immer nicht zurück, worauf eine zweite Salve abgegeben wurde. Vier Bauern fielen, neun wurden schwer verwundet. Jetzt erst zerstreute sich die Menge.

Unser Wiener Parteiorgan bemerkt zu diesen blutigen Vorgängen: „Nur dieses Blutvergießen hat noch gefehlt, um das Bild der galizischen Wahlen bis auf den letzten Zug zu vollenden. Seit Wochen bringen wir und die unabhängige Presse Galiziens Berichte über die ungeheuerlichen Wahlmißbräuche, mit deren Hülfe das Zentralwahlkomitee der Stanczyken sich behaupten will. Seit dem 14. Mai vergeht kein Tag, an dem es nicht Bitten, Beschwerden, Proteste regnet, an dem nicht der Ministerpräsident Beck und der Minister des Innern Bienerth um Abhülfe gebeten werden: mündlich, schriftlich, telegraphisch, telephonisch. Um sicher zu sein, daß diese Proteste an die richtige Adresse kommen, haben die von der Schlachta und ihren Büütteln Bedrängten sich auch an den Abgeordneten Adler gewendet und dieser hat wiederholt beiden Ministern auch noch mündlich diese Klagen überbracht und nicht versäumt, auf die Gefahr aufmerksam zu machen, die naturgemäß die steigende Empörung der Wählerschaft, der maßlose Uebermut der Behörden und die schrankenlose Zügellosigkeit der herrschaftsgewohnten Stanczyken mit sich bringen müssen. Die Minister haben erfahren, daß offener Stimmenkauf unter den Augen der Behörden in den Städten Galiziens zur Regel geworden ist; sie haben erfahren, daß man Tausenden von Wählern in den Landbezirken die Legitimationen nicht zugestellt hat; sie wissen es aus unzähligen Berichten, daß man, wo Stichwahlen oder zweite Wahlen nötig sind, den Wählern die Stimmzettel nicht zustellt, daß man sie ihnen erst an der Wahlurne durch die Wahlkommissäre ausfolgen lassen will, um so die geheime Wahl unmöglich, die offizielle Wahlerpressung zur Regel zu machen. Der Minister des Innern hat diese absurde Auslegung des Gesetzes für Böhmen, wo sie stellenweise auch versucht wurde, durch eine Weisung an die Prager Statthalterei beseitigen können, in Galizien war das, wie sich gezeigt hat, unmöglich. Herr Statthalter Graf Potocki hat für die untertänigen Vorstellungen der Wiener Minister taube Ohren. Graf Potocki weiß, was er der Autonomie Galiziens schuldig ist: ohne Bestechung, ohne Vergewaltigung, ohne Totschlag darf es keine Wahl in Galizien geben; Herr Graf Potocki weiß, was er der Schlachta schuldig ist, als deren Agent er in Lemberg sitzt.“

Wie der Wahlschwindel betrieben wird, darüber erzählt die Wiener „Arbeiterzeitung“ folgende Geschichte, die ihr durch einen intelligenten und besonnenen Mann, den Genossen Dr. Jarossewytsch, verbürgt ist, der mit seinem Namen dafür einsteht. Jarossewytsch hatte in Buczacz kandidiert und wurde dort durch denselben Wahlschwindel, wie der in Horucko geübte ist, um sein Mandat bestohlen. In der Gemeinde Cygany verkündete der Kommissar das Resultat: Jarossewytsch habe 102 Stimmen erhalten. Sofort meldeten sich die Bauern und 206 von ihnen erklärten, beim Kruzifix beschwören zu können, daß sie für Jarossewytsch gestimmt hatten. Der Kommissar erfaßte die bedrohliche Situation und sagte: „Ja, ja, ich habe mich geirrt, es sind 206 Stimmen für Jarossewytsch abgegeben.“ Die Bauern beruhigten sich rasch und verließen das Wahllokal. An die Wahlkommission im Hauptwahlort aber berichtete der Kommissar, daß für Jarossewytsch 102 Stimmen abgegeben worden seien. Diese 104 Stimmen wurden also einfach geraubt. Aehnlich ging es in den anderen Orten.

Da braucht man sich nicht zu wundern, wenn die betrogenen Wähler ungemütlich werden.

Aber nicht nur die Bauern werden so behandelt. Auch in den Städten übt die Schlachta ihren Terrorismus und ihre Korruption in der brutalsten Weise aus. So wird aus Lemberg berichtet: Unter ungeheurem Terrorismus der jüdischen Kultusgemeinde wurde hier die Stichwahl im dritten Bezirk, wo Genosse Dr. Diamand dem Kultusvorstand v. Horowitz gegenüberstand, vorgenommen. Schon Tage lang vorher wurden die Wahlhyänen des Horowitz herumgeschickt, um durch Drohungen und Bestechungen die armen Juden von der Wahl Diamands abzuhalten. Den Höhepunkt erreichte die Wahlkorruption am Wahltag selbst. Um den Wählern offenkundig zu machen, daß die hohe Regierung sich für die Wahl interessiert, mußte Militär ausrücken. Zwei Bataillone Infanterie mit gefälltem Bajonett bildeten vor dem Wahllokal Spalier. Die Polizisten agitierten öffentlich für Horowitz, und wer sich das verbat, wurde verhaftet. Wähler, von denen man vermutete, daß sie für Diamand stimmen würden, wurden ohne jeden Anlaß arretiert. Berittene Polizei galoppierte unaufhörlich durch die Gassen, im Korridor vor dem Wahllokal durften die Agitatoren des Horowitz ungestört die Wähler terrorisieren. Gegenüber dem Wahllokal war das Agitationslokal des Horowitz, wo ganz offen unverschämter Stimmenkauf getrieben wurde. Obwohl an die Polizei die Anzeige davon erstattet wurde, weigerte sie sich, gegen die Stimmenkäufer aufzutreten. Ebenso weigerte sie sich, Agitatoren des Horowitz, die mit fremden Legitimationen wählen gingen, zu verhaften. Und der Statthalter Potocki erschien mehrmals vor dem Wahllokal und besah das Werk. Und er sah, daß alles wohlgetan war.

Aber alles war vergebens. Die jüdische Kultusgemeinde unterlag mit samt ihrem Häuptling und Genosse Diamand wurde gewählt, der 84. sozialdemokratische Abgeordnete!

Politische Uebersicht.

Entlarvte Wahllüge.

Ein am Sonnabend vor dem Berliner Amtsgericht verhandelter Beleidigungsprozeß hat wieder eine der vielen gegnerischen Wahllügen zur Strecke gebracht. Es handelte sich wieder einmal um die verleumderische Behauptung, daß Sozialdemokraten gefälschte Stimmzettel sollten ausgegeben haben. Kläger war Genosse Liebknecht, der im Zusammenhang mit jener Lüge genannt war. Angeklagter war der Redakteur des „Osthavelländischen Kreisblattes“, das folgenden Artikel gebracht hatte:

„Nauen. Einen ganz besonders niederträchtigen Trick vollführten die Sozialdemokraten am Stichwahltage. Sie verteilten — namentlich in Spandau und Potsdam — große Massen von Wahlzetteln, in welchen der Vorname des Herrn Pauli absichtlich falsch angegeben war, offenbar in der Hoffnung, daß die Wahlvorsteher diese Wahlzettel für ungültig erklären und somit unser Kandidat einen erheblichen Stimmenfall erleiden würde. Dieser hinterlistige Plan war aber ein Schlag ins Wasser. Die Herren Wahlvorsteher haben durchweg derartige Stimmzettel für gültig erklärt, da ja die Stimmzettel trotz des falschen Vornamens unzweifelhaft ergaben, daß nur der Tischlermeister Pauli gemeint sein konnte.

Es beweist dieser Vorgang aber wiederum, mit welchen geradezu infamen Mitteln die Führer der Sozialdemokratie arbeiten. Nach dem Grundsatz: Der Zweck heiligt das Mittel, scheuen die Herren vor keinem, auch dem schmutzigsten Mittel nicht zurück, um ihr Ziel zu erreichen. Wir sind überzeugt, daß eine derartige, direkt betrügerische Kampfesweise, wie sie Herr Liebknecht im Kreise Osthavelland angewandt hat, alle anständigen Elemente der von der Sozialdemokratie verführten Arbeiterschaft geradezu anwidern muß, und es ist zu hoffen, daß die Kandidatur des Herrn Liebknecht damit ein für allemal für unseren Kreis erledigt ist.“

Eine Berichtigung Liebknechts gab das Kreisblatt nur verstümmelt wieder und mit dem Zusatz:

„Sollte Herr Dr. Karl Liebknecht den verdammenswerten Vorgängen in unserem Reichstagswahlkreise fernstehen, würde uns das außerordentlich freuen. Wie kann sich auch ein hochgebildeter Mann identifizieren mit den Genossen, die ihre Agitationsgroschen zwangsweise bei den Geschäftsleuten eintreiben (siehe Velten), die Fenster unserer Redaktion in nicht wiederzugebender Weise beschmutzen und jetzt nach der Wahl die liberalen Geschäftsleute (siehe Nauen und Kotzin), die vermutlich bei der Stichwahl für Pauli gestimmt haben, boykottieren?“

Das Kreisblatt fügt also, ohne die Beleidigung zurückzunehmen, neue, ebenso aus der Luft gegriffene Beschuldigungen gegen unsere Parteigenossen hinzu!

Irgend einer von den angeblich falschen Stimmzetteln ist nicht aufzutreiben gewesen. Genosse, Reichstagsabgeordneter Hengsbach, erklärte in einem Schreiben, daß sich auch in den Wahlakten Paulis, die er genau durchgesehen hat, kein solcher Stimmzettel befindet.

In der Verhandlung konnte weder von dem Angeklagten, noch von seinem Verteidiger, Rechtsanwalt Lüdicke-Spandau, irgendein Beweis für die Behauptungen erbracht werden!

Da dem Genossen Liebknecht es weniger auf die Bestrafung des Angeklagten als auf die Festnagelung der Wahllüge ankam, so kam ein Vergleich dahin zu stande, daß der Angeklagte folgende Erklärung abgibt:

„Ich erkenne an, daß der in dem Artikel des „Osthavelländischen Kreisblattes vom 9. Februar dieses Jahres, Nr. 34, in der Rubrik „Aus Kreis und Provinz“ unter der Stichmarke „Nauen“ gegen den Privatkläger, Rechtsanwalt Dr. Liebknecht, Berlin, erhobene Vorwurf, er habe unrichtige Stimmzettel für den Gegenkandidaten verbreiten lassen oder dabei mitgewirkt, unzutreffend ist. Ich nehme diesen Vorwurf mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück.

Ich bin zu der Behauptung, daß falsche Stimmzettel verteilt seien, durch Gerüchte und Zeitungsnotizen veranlaßt worden. Ich erkenne an, daß ich nach Prüfung der Sachlage diese Behauptung nicht mehr aufrecht erhalten kann.

Insbesondere erkläre ich, daß ich keinerlei Anhaltspunkte mehr dafür habe, daß die Sozialdemokratie oder ihre tätigen Mitglieder falsche Stimmmzettel auf den Namen Pauli verteilt, bei einer solchen Verteilung auch nur mitgewirkt oder von einer solchen gewußt haben.“

Der Angeklagte verpflichtet sich, den Wortlaut dieser Erklärung, versehen mit Datum und Unterschrift, binnen einer Woche nach Vergleichsausfertigung durch einmalige Einrückung in der für politische Nachrichten üblichen Schriftform, möglichst im redaktionellen Teil, in folgenden Blättern: „Osthavelländisches Kreisblatt“, „Potsdamer Intelligenzblatt“, „Spandauer Tageblatt“ und „Post“ auf seine Kosten öffentlich bekanntzumachen.

Der Angeklagte trägt sämtliche Kosten des Verfahrens.

So ist eine der vielen Lügen vor Gericht gebrandmarkt. Aber auch sie wird darum noch nicht tot sein. In dem „Material“ des Reichslügenverbandes wird sie weiterleben; nur wird man sich hüten, bestimmte Namen dabei zu nennen, damit die Verleumder nicht vor Gericht gefaßt werden können.

Schifffahrtsabgaben.

Die Schifffahrtsabgaben-Konferenz, die am Freitag in Rostock eröffnet wurde, hat, wie von dort gemeldet wird, einen teilweisen Sieg des preußischen Standpunktes gebracht. Soweit aus der bisherigen Stellungnahme der Regierungsdelegierten zu entnehmen ist, verharrten Sachsen und Mecklenburg bedingungslos auf Freiheit der Schifffahrt, während Hamburg, Braunschweig und Anhalt für ihre Regierungen keinerlei gegen den preußischen Standpunkt gerichtete Erklärungen abgegeben haben. — Die Verhandlungen wurden am Sonnabend fortgesetzt.

Genauerer Bericht bleibt abzuwarten. Uns interessiert besonders, ob die hamburgische Regierung gewillt ist, mit Preußen zu gehen.

Die „staatserhaltenden“ Parteien unter sich.

Gemeinsam bekämpfen sie im „nationalen“ Geist und in „Treue zu Kaiser und Reich“ die bösen Sozialdemokraten. Da sind sie „ein Herz und eine Seele“. Aber das schließt nicht aus, daß sie gegenseitig sich in die Haare geraten und einander mit höchst unlauteren Mitteln bekämpfen.

Am 30. d. M. findet in Stormarn-Wandsbeck bekanntlich eine Ersatzwahl zum Landtage statt, bei der sich der hochkonservative Landrat v. Bonin und der nationalliberale Gymnasiallehrer Sprössel, der von den unabhängigen Konservativen, den Nationalliberalen und den Freisinnigen aufgestellt ist, gegenüberstehen. Dazu wird nationalliberalen Blättern geschrieben:

„Dem mittelparteilichen Kandidaten wird die Agitation in jeder nur erdenklichen Weise durch den behördlichen Apparat erschwert. Im Kreise Stormarn dürfen zahlreiche Amts- und Gemeindevorsteher sowie Landschullehrer es nicht wagen, gegen den Landrat zu stimmen. Die traurigsten Erfahrungen haben in dieser Beziehung die Mitglieder des Wahlausschusses gesammelt, die zur Agitation aufs Land hinausgezogen waren. „Wir möchten wohl gern für Sprössel stimmen, wir sind auch liberal, aber es geht nicht, wir dürfen es unserer Gemeinde wegen nicht tun.“ Und man hört von einem Gemeindevorsteher, der 1898 für Rechtsanwalt Thomsen, den damaligen freisinnigen Kandidaten, stimmte und der seit 1898 im Landratsamt nicht mehr angehört wird, und ferner von einem Lehrer, dem beharrlich die Gehaltserhöhung verweigert wird, die seinen Kollegen anstandslos bewilligt wird. 1898 hatte dieser Lehrer für Thomsen gestimmt. Der Ort Schiffbeck, der stets gegen die Landratspartei stimmte, bildet allgemein das Stiefkind Stormarns. Ob dem Herrn preußischen Ministerpräsidenten, der doch in seiner Eigenschaft als Reichskanzler erst vor wenigen Monaten die dringende Mahnung ausgesprochen hat, daß der Wahlkampf zwischen den sogenannten „nationalen Parteien“ loyal geführt werde, dieses Treiben der Landratspartei wohl bekannt sein mag?“

Warum denn nicht? Für die Regierung gilt immer noch Konservativ als Trumpf. Wenn Sozialdemokraten behördlich schikaniert und vergewaltigt werden, so finden das meist auch die „Liberalen“ ganz in der Ordnung. Bekommen sie aber Prügel, dann jammern sie zum Gotterbarmen.

Das deutsche Innungswesen.

Nach den Mitteilungen des preußischen Handelsministeriums bestehen zur Zeit in Preußen 34 Innungsverbände mit 4416 Innungen und 211 675 Mitgliedern.

Die stärksten Innungsverbände sind darunter der Zentralverband deutscher Bäckerinnungen „Germania“ mit 1096 Innungen und 51 046 Mitgliedern, sodann der Deutsche Fleischerverband mit 1135 Innungen und 38 476 Mitgliedern, der Bund deutscher Schneiderinnungen mit 250 Innungen und 22 043 Mitgliedern, der Bund deutscher Barbier-, Friseur- und Perückenmacherinnungen mit 374 Innungen und 19 938 Mitgliedern usw.

Im Jahre 1903 bestanden in Preußen 33 Innungsverbände mit 4194 Innungen und 188 421 Mitgliedern. Die Zahl der den Innungsverbänden angeschlossenen Innungen hat demnach in den letzten Jahren um 322, die Zahl der Mitglieder um 23 236 zugenommen. Diese Innungen machen aber nur etwa die Hälfte der in Preußen überhaupt bestehenden Innungen aus. Nach der amtlichen preußischen Statistik bestanden in Preußen Innungen:

1902	1904		
5582	5805	freie Innungen	+ 223
2181	2864	Zwangsinnungen	+ 183
7763	8669		+ 406

Die Zwangsinnungen stehen demnach hinter den freien weit zurück, sie betragen nur 40 Prozent von diesen, haben sich aber schneller als sie vermehrt.

In ganz Deutschland dürften jetzt wohl mehr als 11 000 Innungen mit mehr als 500 000 Mitgliedern bestehen.

Dazu kommen noch etwa 1400 Gewerbevereine mit etwa 150 000 Mitgliedern, darunter etwa 100 000 Handwerker, so daß im ganzen etwa 600 000 Handwerker im Deutschen Reich organisiert sind.

Wenn es im Deutschen Reich etwa 1,2 Millionen Handwerker gibt, so ist ungefähr die Hälfte in Innungen und Gewerbevereinen organisiert.

Regenten-Honorar.

Den Braunschweigern soll das Heil widerfahren, einen neuen Regenten in der Person des Herzogs Johann Albrecht zu Mecklenburg zu bekommen. Aber da hat sich eine Schwierigkeit aufgetan, die als Honorarfrage unter dem Motto: „In Geldsachen hört die Gemütlichkeit auf“, bezeichnet werden kann und sehr interessant ist.

Dem verstorbenen Regenten, dem Prinzen Albrecht von Preußen, war vom braunschweigischen Landtage ein Zuschuß zur landesfürstlichen Rente in Höhe von M. 300 000 bewilligt worden; Prinz Albrecht hatte aber aus freien Stücken diese Summe auf M. 220 000 herabgesetzt. Der braunschweigische Landtag hatte geglaubt, daß auch der neue Regent sich mit dem wirklich doch nicht geringen Zuschuß von M. 220 000 — eine Summe, von der etwa 200 Arbeiterfamilien leben müssen — begnügen könne. Herr Johann Albrecht aber verlangt partout einen Zuschuß von M. 300 000. Billiger kann ers nicht tun. Ueber die Affäre wird aus Braunschweig gemeldet:

„Der braunschweigischen Landesversammlung ist ein Initiativantrag der staatsrechtlichen Kommission über die Bemessung des zur landesfürstlichen Rente zu leistenden Zuschusses zugegangen. In der Vorlage wird darauf hingewiesen, daß die herzogliche Staatsregierung eine Herabminderung des früher gezahlten Zuschusses von M. 300 000 auf M 220 000 mit Rücksicht auf die Bedürfnisse des Hofstaates als unbedenklich und im Hinblick auf die derzeitige Finanzlage des Landes als erstrebenswert erachtet habe. Dieser Ansicht sei in den Verhandlungen mit den Vertretern des Herzogs Johann Albrecht zu Mecklenburg Ausdruck gegeben worden. Demgegenüber sei von den Beauftragten des Herzogs Johann Albrecht die Ansicht vertreten worden, daß es im Falle der Wahl des Herzogs zum Regenten dessen Stellung nach außen hin Abtrag tun müsse, wenn der seit dem Jahre 1888 gezahlte Zuschuß von M. 300 000 schon vor Uebernahme der Regierungsverwesung herabgesetzt werden sollte, und daß daher einer solchen Herabsetzung von dem Herzog nicht zugestimmt werden könne. Wohl aber sei dieser bereit, später auf Grund eigener Erfahrung über die Möglichkeit einer Herabminderung des Zuschusses zur landesfürstlichen Rente Erwägungen eintreten zu lassen und eventuell nach eigener Ermessung eine Herabminderung zu verfügen. In einer vertraulichen Aussprache habe sich nun, heißt es in der Vorlage weiter, die Mehrheit der Mitglieder des Landtages für die Bewilligung des vollen Zuschusses von M. 300 000 ausgesprochen und der Regentschaftsrat habe bereits erklärt, einem diesbezüglichen Beschlusse der Landesversammlung zuzustimmen. Die staatsrechtliche Kommission stellt daher der Landesversammlung anheim, ihre Zustimmung zur Zahlung eines Zuschusses von jährlich M. 300 000, beginnend vom ersten desjenigen Monats, in dem der neue Regent die Regierungsverwesung übernimmt, ihre Zustimmung zu erklären.“

So erfährt die Welt also den Hauptgrund, weshalb sich die Regentenwahl über die gehegten Erwartungen hinaus verzögert hat. Der in Aussicht genommene Herr fürstlichen Geblütes und das braunschweigische Staatsministerium konnten sich über die Höhe des aus den Steuern der Bevölkerung (wozu natürlich auch die etwa hunderttausend Sozialdemokraten gehören, die da in ihrer Verruchtheit meinen, das Land brauche gar keinen fürstlichen „Lenker seiner Geschicke“) zu zahlenden Zuschusses nicht einigen. Es nützt nichts, daß die Staatsregierung im Hinblick auf die derzeitige nicht günstige Finanzlage des Landes eine Herabsetzung des Zuschusses als erstrebenswert erachtete. Der Zukunftsregent verlangte die volle Höhe — und das Ministerium und die Majorität des Landtags waren schwach genug, nachzugeben. Die Braunschweiger Zivilliste beträgt M. 1 125 300. Dazu noch M. 300 000 Zuschuß, eine Art „Liebesgabe“; das ergibt ein Jahreseinkommen von beinahe einundeinhalb Millionen Mark. So viel kostet die fürstliche Regentschaft eines Ländchens von noch nicht 500 000 Einwohnern. Macht im Durchschnitt M. 3 pro Jahr auf jeden Einwohner! Der Präsident der französischen Republik, die über 40 Millionen Einwohner hat, bezieht für seine viel umfangreichere und schwierigere Regierungstätigkeit nur 1 200 000 Franken gleich M. 960 000.

Wenn die Braunschweiger die Regentschaft in Submission ausgeschrieben hätten um sie dem Mindestfordernden zu übertragen, so wären sie sicher billiger davongekommen. Schließlich hätte es sich ja nicht um einen Sprößling eines fürstlichen Hauses zu handeln brauchen; ein „gewöhnlicher“ Mensch hätte zu dem Amte eines Regenten auch getaugt.

Die Folgen des Krieges in Südwestafrika.

Die fast vollständige Ausrottung der Herero in dem jahrelangen Kampfe in Südwestafrika wird jetzt von den — Kapitalisten bitter beklagt, weil ihnen dadurch die intelligentesten Arbeiter entzogen worden sind. Nach einem im „Tag“ veröffentlichten Artikel über die Arbeiterfrage in Südwestafrika machte auf der letzten Jahresgeneralversammlung der South-West-Afrika-Cie. der Vorsitzende Herr E. Davis u. a. folgende Mitteilungen:

„Diese Schwierigkeiten fallen jedoch für den Minenbetrieb nur insofern ins Gewicht, als wahrscheinlich die Verhüttung mit der Förderung zeitweise nicht wird gleichen Schritt halten können, vorausgesetzt, daß diese Förderung in rationeller Weise vor sich gehen würde. Das aber ist mehr als fraglich, weil die Arbeiterverhältnisse geradezu trostlose sind. Außer den etwa 80 weißen Vorarbeitern, größtenteils Italienern, die täglich durchschnittlich M 10 verdienen, sind etwa 500 schwarze Arbeiter erforderlich. Die Zahl wird jedoch selten erreicht; gewöhnlich herrscht schon jetzt